

**Ergebnisprotokoll
der 14. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 24.11.2016**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.45 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Frau Schiemann
Herr Pohlmann
Frau Krümpfer für Herrn Crueger

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Schwarz

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saffe
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Janßen

FDP-Fraktion

Herr Schomaker

II Verwaltung

Frau Prof. Dr. Reuther
Frau Rüpke
Herr Musiol
Herr Polzin
Herr Viering
Herr Möller
Herr Eickhoff
Herr Bürger
Frau Dr. Wehlau
Frau Honemann
Herr Schneider
Herr Dr. Sünemann
Frau Zimmermann
Herr Schleper

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr
Amt für Straßen und Verkehr

III Gäste

Herr Schlegelmilch

BPW

IV Gastdeputierte

Frau Sprehe
Herr Saxe
Herr Bücking
Herr Scharf
Herr Strohmann
Frau Bernhard
Herr Buchholz

SPD-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Bündnis 90/Die Grünen
CDU-Fraktion
CDU-Fraktion
DIE LINKE
FDP-Fraktion

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 14. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
--------------	-------------------------------------	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: Protokoll 19/13 der Sitzung am 27.10.2016)	
--------------	--	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	--	------------

Herr Schwarz bittet darum, zu dem überfälligen Bericht zu Ziffer 43 „Anteil bauträgerfreier Grundstücke in Bremen und Bremerhaven“ spätestens im Januar zumindest einen Zwischenstand abzugeben.

Herr Dr. Sünemann erklärt, dass hierfür eine ausführliche und aufwendige Analyse notwendig sei, da die gewünschten Daten nicht automatisch elektronisch erfasst würden. Daher sei der Bericht bisher noch nicht vorgelegt worden.

Frau Dr. Schaefer regt an, thematisch zusammenhängende Berichtswünsche grundsätzlich zeitgleich vorzulegen.

Auf die Frage von **Frau Sprehe** antwortet **Herr Dr. Sünemann**, dass das Rückbaukonzept zum Tanklager Farge seitens des Gewerbeaufsichtsamtes frühestens Mitte 2017 erwartet werde.

Frau Sprehe weist darauf hin, dass bei Ziffer 12 „Entwicklung und Planungen in der Überseestadt“ unbedingt das Verkehrskonzept enthalten sein soll.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Verbesserung der Entwässerung an der BAB 27 zwischen den Anschlussstellen HB-Industriehäfen und HB-Nord -ASV-	Vorlage 19/205
-------	--	-------------------

Herr Schomaker möchte wissen, ob es sich bei den aufgetretenen Problemen um Mängel in der Ausführung oder um Planungsmängel handele und wer dafür verantwortlich sei.

Frau Dr. Schaefer fragt, weshalb Bremen die Planungskosten zu tragen habe, auch wenn der Bund zuständig und verantwortlich sei.

Herr Schleper berichtet, dass die Fertigstellung Ende 2005 erfolgt sei. Erst in letzter Zeit seien vermehrt Schäden aufgetreten, die darauf zurückzuführen seien, dass der Bewuchs der Böschungen sich nicht so eingestellt habe, wie erwartet. Daher sei ein Gutachten beauftragt worden. Die sachlichen Verwaltungskosten trage immer das Land, bei neuen Maßnahmen wie auch bei der Fortführung von Baumaßnahmen.

Herr Bücking ergänzt, dass die Vegetation sehr wichtig für die Stabilität des Bauwerks sei. Hier bestehe ein engerer Zusammenhang zwischen der Unterhaltung und dem Bau als üblicherweise, weil der Bewuchs nicht mehr Teil der Baumaßnahme sei, sondern sich erst Jahre später einstelle. Die dafür zuständigen Behörden müssten sich darauf einstellen, auch darauf zu achten. Es seien erhebliche Schäden aufgetreten, weil die Vegetation sich nicht in dem Maße entwickelt habe, wie vorgesehen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der Planung zu.

Einstimmig

TOP 5	Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand 09. Monat 2016 - 12 -	Vorlage 19/193	L/S
-------	--	-------------------	-----

Frau Bernhard spricht die zahlreichen Unterbesetzungen an und bittet um einen Sachstand.

Herr Schwarz stellt fest, dass der Verlustausgleich für die BSAG geringer sei, als eingestellt. In Bremen Nord würden aktuell Buslinien eingestellt werden, weil sie nicht wirtschaftlich seien. Durch diese „überschüssigen“ Mittel sei doch Spielraum dafür vorhanden.

Frau Sprehe fragt, ob die WIN- Mittel, die noch nicht angefordert oder verplant seien, auf 2017 übertragbar seien, damit für dieses wichtige Projekt kein Geld verfalle.

Herr Senator Dr. Lohse erläutert, dass die Stellenausschreibungen ihre Zeit brauchen würden. In allen Stufen der Verfahren könne es zu Engpässen kommen, z.B. weil keine qualifizierten Bewerbungen eingingen. Das Ressort habe aber ein hohes Interesse daran, diese Stellen auch zu besetzen.

Frau Rüpke erläutert, dass der Kontrakt mit der BSAG vorsehe, dass mal mehr oder mal weniger ausgezahlt werde. Zum Jahresende werde zusammen mit der Senatorin für Finanzen geprüft, ob Restmittel im Vorgriff auf das nächste Jahr über die BVG als Zwischengesellschaft bereit gestellt werden können. Die WIN Mittel könnten ins nächste Jahr übertragen werden. Sie weist auf den in der Vorlage angesprochenen Sanierungsbeitrag hin. Dazu werde es nach der Senatsbefassung ein Umlaufverfahren in der Deputation geben.

Herr Senator Dr. Lohse ergänzt, dass die Linie 87 so nicht zu halten sei. Man bemühe sich jedoch gemeinsam mit der BSAG um eine Lösung. Mit dem Fahrplanwechsel werde es für die Bewohnerinnen und Bewohner der Senioreneinrichtungen dort ein bedarfsgerechtes Angebot geben.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt Kenntnis.

TOP 6	Evaluation des Förderprogramms Zustandserfassung privater Kanäle -33-	Vorlage 19/196	L/S
-------	---	---------------------------------	------------

Herr Saxe stellt fest, dass das Programm erfolgreich sei. Dort, wo ein Sanierungsbedarf festgestellt wurde, würden die Eigentümer dem auch nachkommen. Die Evaluation zeige, dass bei $\frac{3}{4}$ der untersuchten Kanäle tatsächlich ein Handlungsbedarf bestehe. Man müsse daher bei alten Häusern mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass dort Schäden am Kanal vorhanden seien, die das Grundwasser belasten könnten. Man habe wegen schlechter Erfahrungen in solchen Angelegenheiten hoheitlich vorzugehen, aber es sei wichtig, die Bemühungen hier zu intensivieren und mehr Überzeugungsarbeit zu leisten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L/S) nimmt die Evaluation zur Kenntnis und stimmt der Verlängerung des Förderprogramms „Zustandserfassung privater Kanäle“ bis zum 31.12.2018 vorbehaltlich der Mittelfreigabe durch die Fachdeputation zu.

Einstimmig

TOP 6a	Überlastung des Kanalnetzes durch Starkregen -33-	BdV Schriftlich	L/S
--------	---	----------------------------------	------------

Herr Buchholz weist darauf hin, dass Obervieland nach der Liste der Einsatzorte immer wieder von Starkregenereignissen betroffen, dort aber keine Messstation vorhanden sei. Er fragt, ob es auch Messstationen in Bremerhaven gebe und wie die Vorsorge dort aussehe.

Herr Imhoff möchte wissen, ob die Berücksichtigung des Beiplans zum Flächennutzungsplan zur Starkregenvorsorge bei der Bebauung den eigentlichen Bebauungsplan in Frage stelle.

Herr Schneider berichtet, dass von hanseWasser 12 Messstationen betrieben würden, die sich über das Stadtgebiet gleichmäßig verteilen. Diese erforderten einen hohen Wartungsaufwand, deshalb habe man sich auf eine gewisse Anzahl beschränkt. Daneben nutze man Radardaten, um Aussagen zu den Flächen zu treffen, die nicht von den Stationen erfasst würden. Die Messstellen geben nur einen Anhaltspunkt, die Realität könne davon räumlich sehr differenziert sein. Die Antwort auf die Fragen nach dem Vorgehen in Bremerhaven werde er nachliefern. Der Beiplan Starkregenvorsorge liefere Hinweise auf gefährdete Gebiete und auch auf Einzugsgebiete von gefährdeten Bereichen, wie Oberlieger. Dies seien Anhaltspunkte, um über den konkreten Bebauungsplan Vorsorge zu betreiben, z.B. mehr Rückhalt in der Fläche oder mehr Gründachanteile, damit Unterlieger durch Starkregen keine Gefahren erlangen. Im Rahmen des Projektes KLAS sei ein Auskunftssystem geplant, das noch stärker räumlich bezogen sein solle.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 7	Weidehaltung von Rindern in Bremen fördern - 35 -	Vorlage 19/204
-------	---	---------------------------------

Dieser TOP wird gemeinsam mit TOP 8a) beraten.

Herr Imhoff erklärt, dass seine Fraktion den Antrag in der Überzeugung eingebracht habe, dass man hier eine Maßnahme vornehmen könne, um die Bremer Landwirte zu unterstützen, um für die Natur etwas zu tun und für den Tierschutz. Leider wurde diese Chance nicht ergriffen. Im folgenden Bericht der Verwaltung würden die Aussagen dieser Vorlage zum Teil widerrufen. Seine Fraktion werde der Vorlage daher nicht zustimmen.

Herr Saffe führt aus, dass der Antrag sich erledigt habe. Die CDU fordere ein Konzept, wie man im Land Bremen sommerliche Weidehaltung fördern könne. Dies werde beantwortet, das sei das Weidemilchprogramm, das im Bericht der Verwaltung dann ausführlich dargestellt werde. Hier passiere viel.

Frau Bernhard ist ebenfalls der Ansicht, dass sich die Unterlagen zu diesen beiden Tagesordnungspunkten widersprechen. Einerseits werde behauptet, in Bremen ginge die Weidehaltung nicht zurück. Dafür liefere der Bericht aber keine Grundlage und keine Zahlen. Es sei auch nicht nachzuvollziehen, weshalb gesagt werde, dass Weidehaltung nicht automatisch teurer sei. Es gehe nicht nur um Bio, sondern Weidehaltung sei allgemein ein Qualitätsmerkmal, das auch ausgebaut werden sollte. Sie könne nicht nachvollziehen, weshalb der Antrag abgelehnt werden solle.

Herr Imhoff stellt fest, das einzige, das in Niedersachsen passiere, sei, dass die niedersächsische Regierung mit dem Grünlandzentrum zusammen ein bisschen Geld ausgegeben und eine Studie durchgeführt habe. Jetzt solle im Herbst der Verein gegründet werden. Das sei alles. Wenn irgendwo ein Cent mehr für Landwirte gezahlt werde, die ihre Kühe auf der Weide halten, dann komme dieser von der Privatwirtschaft. Wenn man im Bereich des Tier- und des Umweltschutzes mehr machen wolle, dann biete der Antrag eine Chance dafür. Man könne sich auch mal die verschiedenen Umweltprogramme auf Sinnhaftigkeit ansehen, da habe man Spielraum.

Frau Honemann erläutert, dass hier ein Konzept gefordert wurde, wie die Weidehaltung von Rindern in Bremen gefördert werden könne. Dazu habe man durchaus Zahlen. Nach Auskunft des LmTVet würden 90% der rund 9.900 Rinder im Land Bremen in Weidehaltung gehalten. Unter Rindern verstehe man dabei Milchkühe, aber auch Jungvieh und Kälber. Darin unterscheide sich Bremen von Niedersachsen. Daher werde ein Konzept zu Förderung der Weidehaltung für Bremen als nicht sinnvoll erachtet. Es gebe unterschiedliche Bausteine. Bremen sei schon 2012 Gründungsmitglied im Grünlandzentrum geworden. Gemeinsam mit dem Grünlandzentrum werde geschaut, wie man die Weidehaltung insgesamt im Land Bremen stärken könne. Die Systemanalyse Milch laufe derzeit noch, auch diese werde ganz genau betrachtet. Das Weidemilchprogramm sei jetzt fast zum Abschluss gekommen und ein Ergebnis sei, dass ganz viele Akteure die Charta unterzeichnet haben. Bremen werde dies noch im Herbst ebenfalls tun. Die Unterzeichner, darunter seien auch Milchabnehmerbetriebe, hätten sich darauf verständigt, dass man die Weidemilch insgesamt voran bringen wolle. Dies bedeute letztendlich auch für den Produzenten einen Mehrwert, der auch finanziell ausgeglichen werden solle. Ökolandbau, als Beispiel für eine Agrarumweltmaßnahme, schreibe eine Weidehaltung in Bremen vor. Auch das sei eine Zielsetzung, den Ökolandbau im Land Bremen zu stärken. Folglich seien ganz viele Bausteine schon vorhanden und deswegen sei nicht sinnvoll noch ein Konzept zu erarbeiten, sondern man müsse an den einzelnen Maßnahmen weiterarbeiten.

Herr Saffe betont, dass man nicht immer nur fordern könne. Die Landwirte müssten auch selbst Maßnahmen ergreifen und z.B. ihre Milch auch als Weidemilch vermarkten. Der Bericht sei auch ein Bekenntnis zur Weidehaltung, zur Erhaltung von Dauergrünland, auch im Sinne des Klima- und Umweltschutzes und des Tierwohls. Vielleicht könne Weidehaltung auch als ein Zwischenschritt zu Bio angesehen werden.

Frau Dr. Schaefer erinnert an den ausführlichen Bericht in der damals noch für Landwirtschaft zuständigen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zum Zustand der Landwirtschaft im Land Bremen. Dieser sei eine gute Grundlage. Sie verstehe das Problem der Landwirte und die Intention des Antrags. Das Höfesterben sei auch in Bremen ein Problem und die Gründe dafür sehr vielfältig. Gleichwohl sei die Forderung des Antrags eher etwas für ein Flächenland mit großen Höfen und wenig Weidehaltung, wie eben Niedersachsen. In Bremen, mit gut 90%

Weidehaltung, müsse man andere Instrumente finden, um den Höfen und den Milchbauern zu helfen.

Herr Imhoff stellt fest, dass zumindest Einigkeit darüber bestehe, dass Weidehaltung etwas Gutes sei. Die über 90% Weidehaltung seien eine Einschätzung, es gäbe keine Erhebungen dazu. Aber es gebe die Einschätzung, dass die Weidehaltung in Bremen und Niedersachsen stark rückläufig sei. Dem sollte man entgegentreten. Man müsse darüber nachdenken, ob man die Förderung hier weiter entwickle. Gerade Bremen als kleinteiliger Stadtstaat habe Chancen, hier etwas zu machen. Mit diesem Konzept wollte man dem Ressort nicht vorgreifen oder etwas vorschreiben, sondern freie Entfaltungsmöglichkeiten geben.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt dem Berichtsentwurf des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag).

Zustimmung gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, DFP und DIE LINKE

TOP 8	Berichte der Verwaltung	
TOP 8a)	Weidemilchprogramm des Grünlandzentrums Niedersachsen/Bremen -35 -	BdV schriftlich

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht zum „Weidemilchprogramm des Grünlandzentrums Niedersachsen-Bremen“ zur Kenntnis.

TOP 8b)	Stand der Entwicklung der Klimaanpassungsstrategie für Bremen und Bremerhaven - 20 -	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

Herr Schlegelmilch präsentiert die Inhalte der Vorlage und die ersten Erkenntnisse aus dem Prozess.

Herr Saxe begrüßt, dass der Senat die Anpassung an den Klimawandel als Querschnittsaufgabe erkannt habe. In der Stadtplanung und im politischen Handeln spiele die Anpassung an den Klimawandel schon eine Rolle, z.B. bei der Umgestaltung der Münchner Straße. Zur Anpassung an den Klimawandel gehöre aber auch eindeutig der Kampf gegen den Klimawandel. Bremen müsse weiterhin seinen Beitrag zur Reduzierung des Klimawandels leisten.

Frau Dr. Schaefer stellt fest, dass die meisten Menschen in Bremen sich gar nicht so richtig betroffen fühlen. In anderen Regionen der Welt bekomme man die Auswirkungen sehr wohl sehr deutlich zu spüren. Deshalb sei in Bremen eine Sensibilisierung notwendig. Auch sie begrüßt den ressortübergreifenden Ansatz außerordentlich. Ein weiteres wichtiges Thema und ein sehr großes Problem sei Hitze in der Stadt. Dabei spiele der Baumschutz und die Frage, wie gebaut werde eine große Rolle. Dachbegrünung sei gut für das Mikroklima und auch gut gegen Hitze in der Stadt. Hier müssten die Bereiche Umwelt und Bau ganz eng zusammenarbeiten.

Herr Imhoff fragt nach den Auswirkungen der Innenverdichtung bei der Anpassung an den Klimawandel. Freie Flächen sollten ja am besten unbebaut bleiben, damit das Klima sich halte.

Frau Krümpfer erkundigt sich nach der Kooperation mit Niedersachsen.

Herr Saffe möchte wissen, welche Rolle die Entsiegelung versiegelter Flächen spiele.

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass es auf verschiedenen Ebenen eine gute Zusammenarbeit mit Niedersachsen gebe.

Herr Schlegelmilch erklärt, dass Innenverdichtung nicht pauschal schlecht für die Anpassung an den Klimawandel sei. Hier komme es auf den konkreten Einzelfall an. Es sei wichtig, welche Bedeutung die einzelne Fläche tatsächlich im Stadtklima habe und mindestens genauso wichtig sei die Art der Bebauung. Es sei durchaus möglich, dass die Bedeutung einer vorher brach liegenden Fläche im Einzelfall nach der Bebauung klimatisch besser sei, wenn sie klimaoptimiert bebaut werde. Klimaanpassung müsse von Anfang an mitgedacht werden und z.B. bei Wettbewerben und städtebaulichen Entwürfen Berücksichtigung finden. Es gehe dabei um Fragen der Gebäudestellung, der Gebäudehöhe, von Dachbegrünung oder der Art der Begrünung. Die Verfahren müssen angepasst werden, man müsse wissen, welche Flächen tatsächlich von Bebauung frei zu halten seien und welche Flächen sensibel seien. Entsiegelung sei natürlich gut, aber auch mit Kosten verbunden. Auch dabei müsse man die konkrete Fläche betrachten, Entsiegelung alleine reiche nicht, das Wasser müsse auch dahin kommen, wo es versickern könne. Mit Niedersachsen finde ein intensiver Austausch statt.

Herr Imhoff möchte wissen, ob eine klimaoptimierte Bebauung vom Ressort in den Bauleitplanverfahren auch berücksichtigt werde.

Herr Senator Dr. Lohse führt aus, dass insbesondere bei der Innenentwicklung darauf geachtet werde, dass die verbleibenden Grün- und Freiflächen entsprechend qualifiziert werden, damit diese ihre Funktionen weiter wahrnehmen können. Insgesamt müsse man prüfen, ob das vorhandene Instrumentarium ausreiche oder ergänzt werden müsse.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, diesen Bericht aufgrund der ressortübergreifenden Relevanz des Themas den folgenden Deputationen und Ausschüssen zur Kenntnis weiterzuleiten:*
 - Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz*
 - Staatliche Deputation für Kinder und Bildung*
 - Staatliche Deputation für Inneres*
 - Staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen*
 - Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen*
 - Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit*
 - Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit*
 - Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt)*

Einstimmig

TOP 8c)	Sachstandsbericht zur Verlängerung der Linien 1 und 8 - 51 -	BdV Schriftlich	L/S
----------------	--	--------------------	-----

Herr Schomaker fragt nach dem geplanten zeitlichen Ablauf.

Herr Strohmann möchte wissen, ob der Wegfall der Entflechtungsmittel finanzielle Auswirkungen auf das Projekt habe und ob es Planungen für neue Straßenbahnverbindungen gebe.

Herr Senator Dr. Lohse verweist zum zeitlichen Ablauf auf die Ausführungen im Bericht, wonach der Baubeginn vom Ausgang der Klageverfahren zum Planfeststellungsbeschluss abhängt. Ob und welche neuen Straßenbahnprojekte geplant seien, sei dem Verkehrsentwicklungsplan zu entnehmen.

Herr Saxe begrüßt, dass in dem Bericht klar werde, dass man diese Verlängerung wolle und man werde es auch schaffen, sie umzusetzen. Moderne Verkehrspolitik gerade im Sinne des demographischen Wandels brauche auch für die Teilhabe solche Projekte.

Herr Pohlmann bittet darum, die offenen Fragen zu den Entflechtungsmitteln bilateral zu klären.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 9	Verschiedenes	
-------	----------------------	--

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Bundesautobahngesellschaft	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Pohlmann	Geplant am 19.01.2017
-----------------------------------	---	--

Herr Pohlmann schließt die 14. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll